

Anfrage zum Plenum des Abgeordneten Cemal Bozoglou (GRÜ):

„Nach Bekanntwerden der Bombendrohungen gegen Moscheen unter anderem in München, frage ich die Staatsregierung, welche Erkenntnisse ihr bezüglich der Hintergründe und Systematik solcher Drohungen vorliegen, ob sie reelle Gefahren für die Glaubenseinrichtungen muslimischer Menschen sieht und ob für die nahe Zukunft erweiterte Sicherheitsmaßnahmen geplant sind?“

Staatsminister Joachim Herrmann antwortet:

Auf Grund der laufenden Ermittlungen in allen hier bekannt gewordenen Fällen, die beispielsweise für München unter Sachleitung der Generalstaatsanwaltschaft München (ZET) geführt werden, können zum derzeitigen Stand zu den Hintergründen und zur Systematik der Bombendrohungen keine Auskünfte erteilt werden. Es wird in alle Richtungen ermittelt, eine politische Motivation wird derzeit nicht ausgeschlossen.

Zur Abwehr von Gefahren durch Politisch Motivierte Straftaten, auch solche welche sich gegen eine Religionsgemeinschaft wenden, werden durch die Bayerischen Sicherheitsbehörden alle rechtlich und tatsächlich möglichen präventiven und repressiven Maßnahmen getroffen.

Schutzmaßnahmen richten sich nach der jeweiligen Gefährdung und den tatsächlichen Schutzerfordernissen. Sie werden hinsichtlich Erforderlichkeit, Dauer, Wirksamkeit und Umfang regelmäßig aber auch anlassbezogen überprüft.

Wie auch bei dem gegenständlichen Vorfall in München werden hierzu alle verfügbaren internen und externen Informationsquellen herangezogen, ausge- und bewertet sowie die dadurch erlangten gefährdungsrelevanten Informationen berücksichtigt.

Zu Art, Umfang und Entwicklung der Schutzmaßnahmen kann keine Aussage getroffen werden, da alle Angelegenheiten des Personen- und Objektschutzes der Geheimhaltung unterliegen.